

DER UTE-FONDS. EIN DISKUSSIONSANGEBOT

Die Energiepreise sind bereits auf einem hohen Niveau und werden künftig weiter steigen. Vor diesem Hintergrund wird immer wieder die Forderung erhoben, die Preise von Strom, Gas, Öl und Kraftstoffen zu stabilisieren, indem energiebezogene Steuern und Abgaben gesenkt werden. Das aber wäre unter ökologischen Gesichtspunkten fatal. Denn fossile Energieträger sollten teurer werden, damit Anreize entstehen für mehr Energieeffizienz und für die breite Anwendung erneuerbarer Energien. Gleichzeitig müssen die Energiepreise auch für Haushalte mit niedrigeren Einkommen bezahlbar bleiben.

Deshalb ist es an der Zeit, die beiden Ziele »Gerechtigkeit« und »Ökologie« unmittelbar zu verknüpfen. Mit einem Umwelt-Transaktions-Einkommen (UTE) kann diese direkte Verbindung von sozialen und ökologischen Anliegen hergestellt werden. Die Idee, die dem UTE-Fonds zugrunde liegt, lautet: Wer viel fossile Energie verbraucht und deshalb die Umwelt strapaziert, zahlt an diejenigen, die das nicht tun. So erhält die Umverteilung ein klares ökologisches Maß. Die praktische Umsetzung ist auf einfache Weise denkbar, wenn die Energiesteuern anders als bisher verwendet werden.

Heute wandern die Energiesteuern als Einnahme in die öffentlichen Haushalte und finanzieren entweder allgemeine öffentliche Aufgaben oder stabilisieren die Beiträge zur Rentenversicherung. Der UTE-Fonds dagegen ist ein Instrument des Umbaus. Die Einnahmen aus der Besteuerung von Strom, Erdgas, Heizöl, Kraftstoffen und Flugverkehr (gegenwärtig rund 50 Milliarden Euro) werden für soziale und ökologische Zwecke ausgezahlt. Entweder direkt an die Bevölkerung: Dann ergibt sich pro Kopf eine jährliche UTE-Zahlung von aktuell 610 Euro. Oder das Aufkommen wird gesplittet: ein Teil dient der Finanzierung zentraler Umbau-Aktivitäten (beispielsweise energetische Gebäudesanierung oder fahrscheinloser/kostengünstiger ÖPNV), und der dann geringere Teil verbleibt für die individuelle Auszahlung. In beiden Fällen zahlen die eher Wohlhabenden, die viel Energie verbrauchen und deshalb überdurchschnittlich Energiesteuern zahlen, mehr in den Fonds ein als sie entnehmen. Bei denjenigen, die über geringere Einkommen verfügen und weniger Energie verbrauchen, ist es umgekehrt: Sie profitieren deutlich vom UTE-Fonds. Dies funktioniert allerdings nur, wenn die UTE-Zahlung nicht mit einer etwaigen Mindestsicherung verrechnet wird.

Auf dieser Grundlage ökologischer und sozialer Fairness sollte es dann möglich sein, einen Pfad der geplanten, stetigen und fühlbaren Erhöhung von Energiesteuern zu vereinbaren. So könnte der UTE-Fonds die großen Herausforderungen Energie, Klima und Umwelt zu einem direkten, finanziell spürbaren und durchgehend sozial organisierten Anliegen machen.

Offene Frage:

UTE-Fonds: Instrument für die Verbindung von sozialer und ökologischer Umverteilung oder Individualisierung von staatlichen Aufgaben?

Selbstverständlich hätte die Einrichtung eines UTE-Fonds erhebliche Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte. Die Ökosteuer, die gegenwärtig der Subventionierung des Rentensystems dient, stünde für diesen Zweck nicht mehr zur Verfügung. Die Probleme kann man durch neue Finanzierungsinstrumente (Einbeziehung aller Einkommen ohne Beitragsbemessungsgrenze, Anhebung von Vermögenssteuer, etc.) lösen. Oder man richtet den UTE-Fonds nur für zusätzliche Einnahmen durch eine Erhöhung von Umweltsteuern ein.

Gleichwohl gilt es, die Idee eines UTE-Fonds gegenüber anderen Instrumenten abzuwägen, die sich ebenfalls das Ziel setzen, den sozial-ökologischen Umbau zu befördern. Deshalb werden nachfolgend die möglichen Vorteile und Nachteile eines UTE-Fonds genannt.

Vorteile des UTE-Fonds

1. Der UTE-Fonds macht das ökologische Anliegen sozial und das soziale Anliegen ökologisch. Er schmiedet ein Bündnis zwischen Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Das Verursacherprinzip kommt voll zur Geltung. Wer überdurchschnittlich fossile Energie verbraucht, zahlt drauf. Wer unterdurchschnittlich verbraucht, erhält einen Bonus.

2. Der UTE-Fonds ermöglicht einen neuen Anlauf für die ökologisch gebotene Verteuerung fossiler Energie. Gegenwärtig ist das aus zwei Gründen praktisch nicht möglich. Erstens gilt für die privaten Haushalte, dass jede Verteuerung des Energieverbrauchs durch Steuern/Abgaben/Umlagen negative Verteilungswirkungen hat, wenn die jeweilige Zusatzbelastung nur auf den individuellen Verbrauch zielt und keine sonstigen Ausgleichsmaßnahmen enthält. Zweitens hat jeder Investitionsanreiz (Subventionen, Marktanreize) negative Verteilungswirkungen, wenn der jeweilige Anreiz faktisch nur den investitionsfähigen (meistens auch Wohneigentum besitzenden) Haushalten vorbehalten bleibt, die damit ihre Kosten senken und/oder Renditen erzielen. Der UTE-Fonds hebt diese negativen Verteilungswirkungen auf und wirkt umso sozialer, je teurer die fossile Energie wird. Künftig können alle Energiesteuern, die in den Fonds fließen, gezielt und stetig, mit festen und verbindlichen Steigerungsraten, erhöht werden. So wird allen Bürgerinnen und Bürgern signalisiert, dass fossile Energie teurer wird. Ob dann auch das Aufkommen steigt, hängt vom Sparverhalten ab. Sinnvoll ist es, die Steuern so steigen zu lassen, dass der gewünschte Anreiz wirklich zu spüren ist.

3. Der UTE-Fonds ermöglicht ärmeren Haushalten »ökologische Investitionen«. Heute sind Haushalte mit geringeren Einkommen von steigenden Energiepreisen doppelt negativ betroffen: ihr Energiekostenanteil

ist relativ hoch, und sie haben nicht das Geld, um in effiziente Geräte oder erneuerbare Energien zu investieren. Beim UTE-Fonds dagegen gehören är-

mere Haushalte zu den Netto-Empfängern. Dieser positive Einkommenseffekt kann die Anschaffung sparsamer oder umweltschonender Geräte fördern.

4. Der UTE-Fonds ist ausbaufähig. Bei einer weitgehenden Abschaffung fragwürdiger Subventionen würde das Aufkommen erheblich steigen. Umweltbundesamt und Greenpeace schätzen, dass in Deutschland gegenwärtig fossile Energieträger beziehungsweise entsprechende Verbrauchsstrukturen in einem Umfang von rund 50 Milliarden Euro begünstigt werden. Davon profitiert beispielsweise der Flugverkehr (keine Besteuerung von Kerosin und Flugbenzin, Subvention: 11,5 Milliarden Euro). Würde man die falschen Subventionen fossiler Energien schrittweise auf null zurückführen, würde der UTE-Fonds ein Volumen von 100 Milliarden Euro erreichen. Das entspräche bei einer Vollausszahlung einem jährlichen Betrag von rund 1.000 Euro je Person.

5. Der UTE-Fonds kann kulturell positiv wirken. Radfahren, Bahnfahren und Zufußgehen wird cool, weil ökologisch und intelligent. Gemeinsames Wohnen, ob in Familien oder Wohngemeinschaften, wird belohnt, weil Mehrpersonenhaushalte pro Kopf einen tendenziell geringeren Energieverbrauch haben.

Nachteile des UTE-Fonds

1. Beim skizzierten Modell bekommt jede(r) Bürgerin und Bürger eine Teilsumme der gesamten Ökosteuer-Einnahmen zurückerstattet, unabhängig von Bedürftigkeit und Einkommen. Dies muss die soziale Abfederung des ökologischen Umbaus enorm verteuern, da nicht nur untere Einkommen Kompensationen erhalten, sondern auch der soziale Mittelstand und Großverdienende. Tendenzial vermindert dieses Konzept also die Kompensationssummen, die für untere Einkommensgruppen oder für soziale Komponenten bei Klimaschutzinvestitionen (z.B. Sicherung der Warmmietenneutralität bei der energetischen Gebäudesanierung) zur Verfügung ständen. Zudem benötigt auch die soziale Abfederung des industriellen Strukturwandels erhebliche finanzielle Mittel. Denn der sozial-ökologische Umbau wird in vielen Fällen nicht zur selben Zeit, am gleichen Ort und in gleicher

Qualifikation Arbeitsplätze schaffen, wo Jobs in wenig zukunftsfähigen Branchen wegfallen. Solche Brüche durch Qualifikation, Umzugshilfen und großzügige Ruhestandsregelungen etc. zu finanzieren, ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit.

2. Das UTE-Modell macht den UTE-Fonds zu einem zentralen Instrument des sozial-ökologischen Umbaus. Warum eigentlich? Andere existierende oder geforderte Instrumente, wie das Erneuerbaren-Energien-Gesetz, das KWK-Gesetz (beides Markteinführungs- und Kostenumlage-systeme), Gesetze und Verordnungen zur Erhöhung der Energieeffizienz (im Gebäudebereich, in der Industrie etc.), oder rein ordnungspolitische Vorgaben, wie ein künftiges Kohle-Ausstiegsgesetz, Top-Runner-Programme oder Tempolimits sind in der Regel ökologisch deutlich wirksamer, zielgenauer und damit preiswerter. Sie sollten im Mittelpunkt linker Umweltpolitik stehen und gegebenenfalls weiter ausgearbeitet werden. Dagegen eine Ökosteuer so hoch zu treiben, dass bestimmte Produkte nicht mehr hergestellt oder nachgefragt werden, ist regelmäßig teurer und unsozialer, als dieses Ziel über staatliche Vorgaben und konkrete Anreize, etwa zur Effizienz oder Produktgestaltung, zu erreichen. Denn in letzteren Fall müssen nur die Hersteller die Kosten der Produktionsumstellung tragen, von denen sie natürlich einen Teil auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abwälzen werden. Bei einer Ökosteuer, etwa auf Energie, werden jedoch sämtliche Konsumenten über alle Produkte zur Kasse gebeten. Darum sollten Ökosteuern andere, direktere Instrumente nur unterstützend ergänzen, wenn das sinnvoll möglich ist.

3. Das UTE-Modell will sämtliche oder einen Großteil der Einnahmen aus »Ökosteuern« an die Bürgerinnen und Bürger zurückverteilen. Mit den genannten 50 Milliarden Euro werden aber zur Zeit nicht nur zweifelhafte Vorhaben, wie überflüssige Autobahnen (A100, A14) oder sinnlose Prestigeobjekte (Stuttgart 21) finanziert. Denn alle Einnahmen gehen in den allgemeinen Haushalt ein und finanzieren auch soziale und kulturelle Infrastruktur sowie bestehende Transferleistungen. Aus welchem Topf sollen diese Lücken geschlossen werden?

4. Die vollständige Rückverteilung von Ökosteuern hätte einen krassen Fall eines sogenannten Rebound-Effektes zur Folge: Eigentlich

Effizienz erhöhende Maßnahmen führen zu Einkommenseffekten, die wiederum einen zusätzlichen Konsum an anderen Stellen auslösen. In der Folge wird der Ressourcenverbrauch netto wenig oder gar nicht gemindert. Solche Effekte lassen sich zwar kaum gänzlich vermeiden, sollten an dieser Stelle aber zumindest für mittlere und hohe Einkommen vermieden werden. Darum wäre eine Auszahlung an Alle ein ökologischer Schuss ins Knie.

